

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achteitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Nr. 30

Bezugspreis: vierteljährlich 2.40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Beleglohn; durch die
Post 2.25 M. bezw. 75 Pfg. ohne Beleglohn.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Mittwoch den 6. Februar 1918.

Anzeigenpreis (zählbar im Voraus):
die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum 20 Pfg., die Restzeile 60 Pfg.

10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

3. Februar. Auf dem westlichen Kriegsschauplatz in verschiedenen Frontabschnitten lebhafteste Artilleriekämpfe. — Regte Feuerkraft auf der Hochfläche von Argonne. — In Verin finden deutsch-österreichische Beratungen über politische und wirtschaftliche Fragen statt.

4. Februar. In Flandern gesteigerte Artillerietätigkeit. — 18 feindliche Flugzeuge und zwei Besselballone werden abgeschossen.

Nach dem Streik.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Eine Kraftprobe war es und sollte es sein, und sie ist von den Arbeitern verloren worden. Die durch den Belagerungszustand herbeigeführte Verkürzung des Versammlungsrechts wollten sie befeitigt haben, und der erste Erfolg der Ausstandsbewegung bestand darin, daß auch keine wirklichen Reize durch den Oberbefehlshaber in den Marken sofort aufgehoben wurden. Das Ende des Krieges sollte beschleunigt werden, und der Erfolg ist, daß allenthalben in den Ländern unserer Feinde Jubel und Frohlocken herrscht, daß es nun unfehlbar abwärts mit uns geht und daß wir den Frühjahrsstürmen dieses Jahres nicht mehr gewachsen sein würden. Die weitere „Verschiebung“ der preussischen Wahlreform sollte von der Regierung verhindert werden, und der Erfolg ist, daß die Frage aufgeworfen wird, wie es denn mit der politischen Reife eines Volkes stehe, daß in der Stunde der Gefahr nicht zusammenhält, sondern die eigene Landesverteidigung aufs Spiel setze. Der Belagerungszustand sollte aufgehoben werden; statt dessen haben wir die Standgerichte bekommen. Eine Kammerliebe zugunsten der politischen „Märtyrer“ erlassen werden; statt dessen ist jetzt auch der Reichstagsabgeordnete Dittmann vor Gericht gewandert. Kurz, wohin man auch blickt: überall ist das gerade Gegenteil dessen eingetreten, was die Streikenden erstrebt haben. Daraus kommt eine schwere Trübung der Beziehungen zwischen der politischen Vertretung der deutschen Arbeiter und den übrigen Parteien sowie der Regierung, und unentschieden ist noch, ob nicht dem Reichstag eine Militarisierung der für Meer und Flotte arbeitenden Betriebe vorgeschlagen werden wird, ganz nach dem Beispiel Englands, das bald nach Kriegsbeginn sich durch das berühmte Munitionsgesetz gegen jede Streikgefahr sicherte, indem alle Arbeiter und Fabriken unter Staatsaufsicht gestellt wurden. Das Unterhaus nahm damals das Gesetz sofort in allen drei Lesungen an. Der Reichstag würde wahrscheinlich seiner Gewohnheit gemäß, ein langwieriges Verfahren einschlagen, aber zweifellos doch zu dem gleichen Ergebnis gelangen, wenn Graf Hertling erklären sollte, nach den gemachten Erfahrungen die Verantwortung für die Aufrechterhaltung unserer Verteidigungsfähigkeit nur bei einer erheblichen Erweiterung der Regierungsbefugnisse tragen zu können. So würde die Streikbewegung für die Arbeiter mit einem beträchtlichen Reibetrag abschließen, und ihnen selbst wird es mittlerweile wohl schon klar geworden sein, daß sie übel beraten waren, als sie sich in den Streik hineintreiben ließen.

Wer war es aber, der sie so übel beriet? Die sozialdemokratische Parteileitung beirietet, daß sie zu den Anführern der Bewegung gehört habe, und wenn man sie auf die Reichstagsreden der Oberl und Scheidemann verweist, die mehr und mehr mit der Aufregtheit der Massen und ihren unauflösbaren Stimmungsausbrüchen für den Fall, daß die Regierung nicht restlos nach den Forderungen der Arbeiter verfuere, operierten, und auf die Leitartikel des Vorwärts, die nach dem gleichen Rezept verfaßt waren, so erhält man zur Antwort, daß damit nur dem tatsächlichen Stand der Dinge Rechnung getragen wurde. Eine Behauptung, über die sich streiten läßt. Unbestritten aber ist und bleibt, daß von dieser Seite jedenfalls nichts zur Vernichtung der Gemüter getan wurde, was namentlich nach der gründlichen Aussprache zwischen Reichstagsauschuss und Regierung wohl hätte geschehen können. Deutlicher ist schon die Mitschuld der Unabhängigen an der Ausstandsbewegung in die Erscheinung getreten: ihre Reichstagsfraktion setzte einen Anruf in Umlauf, dessen Inhalt gar nicht mißzuverstehen war, und nachdem man gehört hat, daß Herr Ledebour sich mit Händen und Füßen gegen die Zugleichung von Scheidemann und Genossen in den Streikauschuss zur Wehr setzte, weiß jeder, der diese sehr unchristlichen Parteiverhältnisse auch nur von ferne kennt, genügend Bescheid. Und was noch weiter nach links steht, jenseits von Haase, und sich nur mit namenlosen Rundgebungen an die Öffentlichkeit wagt, darf ganz gewiß für den Ausbruch des Streiks erst recht mitverantwortlich gemacht werden. Die Arbeiter würden aus daran tun, sich die ihre Vorkämpfer in Zukunft doch etwas genauer anzusehen. Sie finden diesmal von ihnen so schlecht wie nur möglich geführt worden, und sie sollten ihnen nicht Gelegenheit geben, sich noch einmal vor ihrer Unfähigkeit in gleicher Weise bloßzustellen.

Wenn man lediglich auf die Lebensinteressen der deutschen Arbeiter sieht, muß man den Ausstand schlechthin als unverständlich bezeichnen. Sollte er aber wirklich ein Teil jener internationalen Aktion darstellen, von der sich gewisse Schwärmer einzig und allein die baldige Beendigung des Krieges versprechen mögen, so wird kein klägliches Verlaufs hoffentlich dazu beitragen, diese Elemente, wenigstens soweit sie guten Glaubens sind, von ihrer Überhebung der Macht der Arbeiterklasse zurückzubringen. In Deutschland sind ihr immer noch bestimmte Grenzen gezogen, denn wir leben in einem Verfassungsstaat, der keine einseitige Klassenherrschaft zuläßt, der eine Volksvertretung kennt, die sich durch keine Massenbewegung beiseite schieben läßt, und der immer noch stark genug ist, um jeden Bürger und jede Partei zur Befolgung seiner Gesetze zu zwingen. Darin unterscheiden wir uns von manchem Nachbarstaate, und wer es gut meint mit dem deutschen Volke, kann nur wünschen, daß diese Besonderheit des deutschen Staatswesens uns dauernd erhalten bleibt.

Wiederaufnahme der Arbeit in Berlin.

Die Streiklage in Berlin hat sich, wie von zutünftiger Seite mitgeteilt wird, Montag, wie zu erwarten war, gehoben. Es dürften an hunderttausend Auskündigte die Arbeit wieder aufgenommen haben. Inzwischen mehren sich die Eindrücke, daß dieser Streik nicht nur an sich unseren Feinden von Nutzen, sondern direkt von der Entente, England eingeschlossen, angezettelt ist. In Bayern und in Ostpreußen, die aus dem Ausland gekommen sind, hat man eine große Anzahl von Ausrufern beklagt, die an den internationalen Verbindungen der Gegner, die deutsche Arbeiterschaft zu revolutionieren, keinen Zweifel mehr lassen.

Auch in München Frieden.

Einigungsverhandlungen, die nach Mitteilung von D.T.B. in München zwischen den von der unabhängigen sozialdemokratischen Partei geführten Auskündigten und der sozialdemokratischen Partei angebahnt wurden, waren von Erfolg begleitet. In einer Sonnabend-Abend im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Sitzung erklärten die Streikführer unter dem Druck der Verhältnisse, sich der Aktion der sozialdemokratischen Partei anzuschließen zu wollen. Damit war die Wiederaufnahme der Arbeit in allen Münchener Betrieben am Montag früh gesichert. Die Streikbewegung in München hat also nach vierstägiger Dauer ihren Abschluß gefunden. Störungen der öffentlichen Ruhe waren im Verlaufe der Bewegung nicht zu verzeichnen.

Wichtige Besprechungen in Berlin.

Zusammenkunft hoher Diplomaten und Militärs. Zur Teilnahme an einer Besprechung über politische und wirtschaftliche Fragen aus dem gemeinsamen Interessengebiet Deutschlands und Österreich-Ungarns sind der Staatssekretär v. Kühlmann, Minister Graf Czernin und General Lubendorff in Berlin eingetroffen. Auch der deutsche Vizekonsul in Wien, Graf Wedel, hat sich zu der Besprechung nach Berlin begeben.

Wie aus maßgebenden Kreisen dazu berichtet wird, steht diese Zusammenkunft zum Teil mit Ernährungsfragen d. h. mit Fragen des Nahrungsmittelverkehrs zwischen den verbündeten Monarchien, vor allem Fragen aber mit den Verhandlungen mit unseren östlichen Gegnern, insbesondere mit dem erhofften Abschluß mit den Ukrainern, wo noch allerhand Dinge zu vereinigen sind, im Zusammenhang. Neben dem Leiter des österreichischen Außenministeriums weisen seit einigen Tagen auch Vertreter der österreichischen Ernährungszentralstellen wieder in Berlin. Hier dreht es sich um Verhandlungen über die rechtliche Verteilung der rumänischen Bestände.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Wie nunmehr feststeht, wird keine sofortige Einberufung des Reichstages erfolgen. Den beiden sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages, die beim Präsidenten die sofortige Einberufung des Landes beantragt hatten, ist jetzt die Antwort des Präsidenten zugegangen, wonach sich die Vorstehenden aller übrigen Fraktionen gegen den Antrag ausgesprochen haben. Der Präsident kann dem Antrag daher nicht Folge geben.

+ Eine Änderung des preussisch-badischen Militärabkommens soll nach dem Kriege vorgenommen werden. In der letzten Sitzung der Zweiten badischen Kammer teilte Staatsminister Freilberg v. Bodmann mit, daß er anlässlich seines Empfanges beim Deutschen Kaiser in Berlin in der vorigen Woche eine eingehende Unterredung mit dem preussischen Kriegsminister gehabt und dabei eine Änderung der preussisch-badischen Militärkonvention nach Beendigung des Krieges angeregt habe. Es sei dringend erwünscht, daß Baden militärisch nicht schlechter gestellt sei als andere kleine Staaten.

+ Der Deutsch-Russische Wirtschafts-Ausschuss hielt unter Beteiligung der Reichsämter und leitender Kriegsämter sowie zahlreicher Handelskammern in Berlin seine Mitgliederversammlung ab. Über die Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland wurden Richtlinien aufgestellt, unter denen die weichenste ist, daß die Neuordnung die Gewähr eines dauernden erziehlreichen Wirtschaftsriedens in sich trägt.

Holland.

+ Die gefälschten Telegramme der Petersburger Telegraphen-Agentur, die in West-Vitowit in den letzten Tagen zur Sprache kamen, beschäftigen lebhaft die holländische Presse. „Handelsblad“ sagt, daß irgendwo in der Welt geheime Kräfte an der Arbeit zu sein scheinen, welche mit allen Mitteln versuchen, den Frieden in West-Vitowit scheitern zu lassen. Es wird wirklich hohe Zeit, daß diesem Verbrechen und Verharmeln ein Ende gemacht wird. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meint, der Trotski scheint ein Kof mit doppeltem Gesicht zu sein. Der Rand, der nach Westen spricht, tut das Gegenteil von dem, der nach Osten gerichtet ist. Jede seiner beiden Reden sagt, daß die andere nicht bestehe.

Aus In- und Ausland.

Wien, 4. Febr. Bei der Reichstagswahl im Kreise Nagit-Willfellen wurde General-Landwirtschaftsminister Kamp mit 4645 von 4645 Stimmen gewählt. Die Wahl vollzog sich im Zeichen des Burgfriedens.

Wien, 4. Febr. Aus dem Kriegsressort wird gemeldet: Der Kaiser ernannte die Generalobersten v. Böhm-Ermolli und v. Borowicz zu Feldmarschällen.

Urteil gegen den Abg. Dittmann.

5 Jahre Festung und 2 Monate Gefängnis.

Berlin, 4. Februar.

Der Reichstagsabgeordnete Dittmann wurde heute von dem außerordentlichen Kriegsgericht unter Subsidierung mildernder Umstände und unter Verneinung der ebefolten Gesinnung wegen verübten Landesverrats in Tateinheit mit Vergehen gegen § 9b des Belagerungsgesetzes zu fünf Jahren Festungshaft und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Abg. Dittmann hatte bekanntlich am 31. Januar gegen eine Verordnung des Oberkommandos in den Marken, wonach den Mitgliedern der Streikleitung in Berlin jede Betätigung unterlag worden war, gehandelt, und zwar unter erschwerenden Umständen, da ihm das Verbot noch persönlich mitgeteilt worden war. Die Anklage gegen ihn lautete auf Landesverrat, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Übertretung der erwähnten Verordnung. Der Vertreter der Anklage hatte eine Gesamtstrafe von 8 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust beantragt. Das Kriegsgericht fällte jedoch das oben angegebene mildere Urteil.

Trotski im Lichte der Wahrheit.

Die staatsrechtliche Stellung der Ukraine.

Berlin, 4. Februar.

Die Vollziehung der Friedens-Delegationen vom 2. Februar wurde für Herrn Trotski zu einer schweren Niederlage. Der sonst so redgewandte, in Gaalpalterei und Winkelzügen wohlverfahrene Volksrat mußte sich vor einem Mitglied der ukrainischen Delegation nicht nur bittere Wahrheiten über die Regierungsmethoden der Maximalkisten sagen lassen, sondern fand auch zum ersten Male in West-Vitowit — nicht jene spitzfindigen auskunftreichen Erwiderungen, die die Verhandlungen bisher so unfruchtbar zu machen versuchten. Der Volkskommissar, der so gern die Napoleon-Rolle des Diktators annimmt, hatte erklärt, daß die Vereinbarungen der Kiewer Rada mit den Mittelmächten keine staatsrechtlich bindende Kraft haben könnten, solange nicht die in der russischen Delegation vertretene Charkower Abordnung der ukrainischen Arbeiter- und Soldatenräte ihre Zustimmung erteilt hätten. Der an Stelle des Handelsministers Golubowitsch den Vorsitz der ukrainischen Delegation führende Herr Sewojus beantwortete Trotskis Mandat mit der Erklärung, daß die ukrainische Zentralrada am 24. Januar den Beschluß gefaßt hat, den Gedanken, einem föderativen Bunde der neuen Republiken im ehemaligen Zentrum Rußlands anzugehören, angesichts der augenblicklichen Lage in Rußland aufzugeben und beschlossen habe, von nun ab einen unabhängigen souveränen und freien Staat des ukrainischen Volkes zu bilden.

Noch interessanter als diese Tatsache war die Begründung, die das Mitglied der ukrainischen Delegation Lubinsky für diese Wandlung gab. Mit starken Worten übte der Redner in längeren Ausführungen Kritik an der Lenin-Trotskischen Ideewelt, er nannte die Mittel, mit deren Hilfe sie die Völker Rußlands beglücken wollen, demagogisch und behauptete, die Volkskommissare führten in Rußland statt des Selbstbestimmungsrechtes die Anarchie und die Zerrüttung ein, weil sie wüßten, es sei leichter zu zerstören als aufzubauen. Im klaren Gegensatz zu ihrer Forderung, daß fremde Truppen aus besetzten Gebieten zurückgezogen werden sollen, seien auf ukrainischem Boden jetzt von russischen Truppen Arbeiter- und Soldatenräte gebildet worden und

Merktblatt für den 6. Februar.
Sonnenanfgang 7⁰⁷ | Mondanfgang 3⁰⁰ V.
Sonnenuntergang 4⁴² | Monduntergang 11¹¹ V.
1840 Dichter Franz Frhr. v. Gaudy gest. — 1853 Dichter und
Maler August Kopisch gest. — 1860 Dichter und Philosoph Bruno
Wille geb. — 1864 Die Breußen gehen über die Schlei. Rückzug
der Dänen. — 1885 Italien nimmt Massana am Roten Meer in
Besitz. — 1894 Chirurg Theodor Billroth gest. — 1899 Der zweite
deutsche Reichskanzler Graf v. Caprivi gest. — 1904 Beginn des
russisch-japanischen Krieges.

Trotsky verlange, daß diesen fremden Elementen die Meiste-
rumsgewalt ausgeliefert werde. Die Petersburger Volks-
kommission haben in Charkow eine Gegenregierung ge-
gründet, die ihre Machtausübung mit Hilfe der Roten
Garde durch Morben und Blündern begann. Die Char-
kower Regierung hat keine Stütze im ukrainischen Volke.

Herr Trotsky war verstimmt und mit ihm der erst
so beredete Herr Medwedjew, der Führer der Char-
kower Vertretung der Arbeiter- und Soldatenräte. Graf
Gjermiin, der den Vorsitz führte, erklärte darauf, es sei kein
Anlaß für die Mittelmächte, die Anerkennung der
ukrainischen Delegation zurückzunehmen oder einzu-
schränken. Die ukrainische Volksrepublik solle vielmehr
schon jetzt als unabhängiger freier und souveräner Staat
anerkannt werden, der in der Lage ist, selbständig inter-
nationale Abmachungen zu treffen.

Die Sitzung schloß mit einer lahmten Erklärung
Trotsky's, die sein ganzes Wesen zeigt, wie es in Wahrheit
ist: es werde den Verbündeten Rächten schwer fallen, die
geographischen Grenzen der Ukraine anzugeben. Das aber
sei bei Friedensverhandlungen die wichtigste Frage. —
Wenn diese Ausführungen tatsächlich eine Stütze im
Völkerrecht fänden, dann wäre ein Friedensschluß
mit Rußland in absehbarer Zeit schlechtbin un-
möglich; denn es wird noch lange dauern, bis
die neuen russischen Republiken über ihre Abgrenzung einig
geworden sind. Herr Trotsky weiß das auch, aber er will
— ja, was will er eigentlich? Je häufiger er das Wort
in Brest-Litowsk ergreift, je unklarer wird sein Ziel. Es
scheint aber, daß man ihn jetzt zwingen wird, ungeschminkt
zu bekennen, ob er Frieden will oder nicht. Alles andere
mag er in Petersburg im Kreise seiner Geistesverwandten
erzählen.

Der Streit um Polen.

Brest-Litowsk, 4. Februar.

Gestern wandte sich die deutsch-österreichisch-ungarisch-
russische Kommission zunächst der Besprechung der Frage
zu, ob Vertreter der westlichen Randstaaten zu den Ver-
handlungen eingeladen werden sollten. Wie im Falle der
Ukraine, so machte Volkskommissar Trotsky auch jetzt wieder
Zweifel an der völkerrechtlichen Staatlichkeit der Rand-
gebiete geltend. Rußland erkenne zwar die Selbständigkeit
Polens an, doch sei diese Selbständigkeit nur eine schein-
bare, solange das Land unter dem Regime der Mittel-
mächte stehe. Trotsky erklärte weiter, daß er die Regierung
des Herrn Rucharszewski nicht als bevollmächtigte Re-
gierung des polnischen Volkes ansehen könne, da sich diese
Regierung nicht auf die breite Masse stütze.

Staatssekretär v. Rühlmann und Minister des Innern Graf
Gjermiin stellten demgegenüber fest, daß Trotsky zwar Polen
als selbständiges Land anerkenne, daß er aber diesem selb-
ständigen Staate selbstverständlich keine eigene Vertretung
abzöge.

Die Rechtsstellung Finnlands.

Auf eine Bemerkung des Staatssekretärs v. Rühlmann,
daß russische Truppen sich in die inneren Kämpfe in Fin-
land gemischt hätten, erklärte Herr Trotsky, daß die russischen
Truppen, die aus Finnland zurückgezogen werden sollen,
keinen Einfluß auf die dortigen Kämpfe gehabt hätten.
Im Anschluß an diese Erklärung kam Trotsky nochmals
auf die polnische Frage zurück und wiederholte, daß er die
gegenwärtige Regierung nicht anerkennen könne.

Graf Gjermiin hielt dem entgegen, daß der Vertreter
eines fremden Staates nicht feststellen könne, inwieweit
in einem anderen Staate die Regierung zu Recht bestehe.
Die Fortsetzung der Erörterung über diese Frage sei
seiner Ansicht nach unfruchtbar. Polen habe noch keine
feststehenden Grenzen, aber auch die russische Republik
habe noch keine feststehenden Grenzen, was die
Mittelmächte nicht verhindern, mit ihren Vertretern
zu unterhandeln, ohne ihre Legitimation zu
prüfen. Staatssekretär v. Rühlmann fügte hinzu, es sei
schwer, einen Staat anzuerkennen, der keine festen Grenzen
habe. Aber er müsse doch darauf hinweisen, daß man sich
vollständig in die Wollen verliere, wenn man die Grund-
lagen einer gefunden juristischen Konstruktion verlässe.

Die Sitzung wurde geschlossen, nachdem Staatssekretär
v. Rühlmann davon Mitteilung gemacht hatte, daß er ge-
zogen sei, auf kurze Zeit zu verreisen. Es sollen in-
zwischen Unterhandlungen von Nacht zu Nacht zwischen
den Delegationen in Brest-Litowsk stattfinden.

Im Westen lebhafteste Artilleriekämpfe.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 4. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An vielen Stellen der Front Artillerietätigkeit, die
sich namentlich in Flandern zwischen dem Douthoulster
Wald und der Lys sowie beiderseits der Scarpe gegen
Abend steigerte. — Westlich von Bellecourt schickte ein
starker Erkundungsvorstoß der Engländer. An der Mäule
nördlich von Braye drangen die Franzosen vorübergehend
in unsere Positionen ein. — Eigene Infanterie und
Pioniere holten nordwestlich von Bezouvaux 19 Ge-
fangene aus den französischen Gräben.

In Luftkämpfen und von der Erde aus wurden in den
beiden letzten Tagen 18 feindliche Flugzeuge und 2 feind-
liche Zersplitterer zum Abbruch gebracht.

Italienische Front.

Zwischen Eisack und Blava vielfach Artilleriekämpfe.
Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Unsere tägliche U-Boot-Deute.

Amisch wird gemeldet: U-Boot-Erfolge auf dem nörd-
lichen Kriegsschauplatz: 18 000 Gr. Neg. To.

Die Schiffe waren fast sämtlich tiefbeladen und
wurden zum größten Teil im Armeffanal vernichtet.
U. a. wurde hier ein großer Frachtdampfer in gewandtem
Angriff aus einem Geleitzug herausgeschossen. Namentlich
festgestellt konnte der englische Dampfer „Sunsgrove“
(3063 To.) werden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Opfer des Londoner Flugangriffs.

Die amtlichen Londoner Polizeiberichte geben die Ge-
samtzahl der Unglücksfälle bei den Luftangriffen am 28. und
29. Januar in allen von den feindlichen Fliegern besuchten
Bezirken auf insgesamt 58 Tote und 173 Verwundete an.
Die Begräbnung der Trümmer eines Hauses ist wegen
der Einsturzfahrt noch unmöglich. Die Leichen sind noch
nicht gefunden. Der Angriff in der Nacht vom 30. forderte
2 Tote und 10 Verwundete.

Verluste in Paris.

Bei dem Luftangriff am 30. und 31. Januar wurden
nach einer amtlichen französischen Meldung in Paris
33 Personen getötet, darunter 11 Frauen und 2 Kinder,
und in der Banneville 16, darunter 8 Frauen und 8 Kinder.
Verletzt wurden in Paris 134 Personen, darunter 50 Frauen
und 10 Kinder, und in der Banneville 72, darunter
38 Frauen und 7 Kinder.

Der Funkpruch Paris vom 2. Februar meldet: „In der
vorkriegs Nacht bewarfen französische Flieger die Strandplätze
bei dem Angriff auf Paris beteiligten deutschen Flieger mit
Bomben großen Kalibers. Es waren gute Resultate zu
verzeichnen. Alle französischen Apparate sind zurück-
gekehrt.“ Diese Meldung ist glatt erlogen. Der Bomben-
angriff hat nicht stattgefunden.

Kleine Kriegspost.

Haag, 4. Febr. Ein großes englisches Kriegsschiff
ist in der Nähe des Kriegshafens in North of Fort auf eine
Mine gelaufen und gesunken.

Rotterdam, 4. Febr. Das bewaffnete englische Trans-
portschiff „Lancaster“ ist am 21. Januar im östlichen Mittel-
meer torpediert worden und gesunken. Sieben Offiziere und
217 Mann sind umgekommen.

Die Antwort der Westmächte.

Fortsetzung des Krieges.

Nach einer Londoner amtlichen Meldung ist der
Kriegsrat der Westmächte, der vom 30. Januar bis
2. Februar in Versailles tagte, zu der Überzeugung ge-
kommen, daß die Reden der Staatsmänner der Mittel-
mächte keine Annäherung an die Bedingungen des Ver-
bandes erkennen lassen. Dann heißt es weiter:

Unter diesen Umständen hat der Oberste Kriegsrat den
Schluß gezogen, daß die einzige unmittelbare Aufgabe, die
ihm obliegt, in der Fortsetzung des Krieges besteht, und
zwar in dessen Fortsetzung mit der äußersten Energie und
unter innigem Zusammenwirken der militärischen An-
strengungen der Verbündeten bis zu dem Zeitpunkt, wo
der Druck ihrer Anstrengungen bei den feindlichen Re-
gierungen und Staaten eine andere Gesinnung hervorgerufen
haben wird.

Die Antwort wird niemanden überraschen. Krieg bis
zum Äußersten: Das ist die Lösung unserer Feinde, Krieg
bis wir auf die „gemäßigten“ Bedingungen eingehen, die
unsere Feinde aufgestellt haben. Die Antwort der West-
mächte auf die entgegenkommende Rede des Staatsmannes
der Mittelmächte ist — rund herausgesagt — eine neue
Kriegserklärung.

Schlusssdienst.

(Druck- und Korrespondenz-Meldungen.)

Pour le mérite.

Der Kaiser hat dem Generalmajor v. La Chevallerie und
den Majoren Kloebe und v. Dellus den Orden pour le mérite
verliehen.

Abberufung des argentinischen Militärattachés.

Haag, 4. Febr. Die argentinische Regierung hat be-
schlossen, ihre Militärattachés in Berlin und Wien abzu-
berufen. Diese veränderte Haltung Argentiniens dürfte
auf die Versenkung des argentinischen Dampfers „Minister
Terlindo“ zurückzuführen sein.

Ein ukrainisches Dementi.

Berlin, 4. Febr. Folgender Funkpruch ist am 1. d. Mts.
von dem ukrainischen kriegsrevolutionären Stab des Niko-
lajewischen Bezirkes ergangen: „Die in den Zeitungen er-
schienene Nachricht über die oberste Staatsgewalt des Rates
in der Stadt Nikolajew, die von den Anhängern Genins,
Bronstein und Komp. eifrig verbreitet wird, ist eine offen-
sichtliche Infamie, da alle staatlichen Organe der unab-
hängigen ukrainischen Republik wie Eisenbahn, Post, Tele-
graph, Telefon, Kriegstrain, Depots, die ganze Bahnlinie
von Cherson bis Snamenska vor jedem Anschlag sorgsam durch
die der unabhängigen ukrainischen Republik und Regierung
treuen ukrainischen Truppen bewacht werden. Genau so ist
die Lage in Cherson.“

Die Russen feuern auf schwedische Schiffe.

Stockholm, 4. Febr. Gegen die schwedische Schiffs-
expedition nach Finnland, die die Skandinavien dort ab-
holen soll, wurde an der finnischen Küste heftiges
Granatfeuer eröffnet. Es kamen dann russische
Matrosen und Vertreter der Roten Garde an Bord des
vordersten Schiffes und erklärten, daß die Russen das
Schiff für einen von Finnland entflohenen Eisbrecher ge-
halten hätten und befürchteten, daß die Schiffe Truppen und
Waffen nach Finnland brächten.

Rand und Nord in Petersburg.

Stockholm, 4. Febr. Die Zustände in Petersburg werden
von Tag zu Tag schlimmer. In der Nacht zum 1. Februar
wurden ein Mitglied des Zentralkomitees des Rates der
Arbeiter und Soldaten-Deputationen und ein Mitglied des
Vollziehungsausschusses des Arbeiter- und Soldaten-Rates auf
offener Straße ausgeraubt, wobei die Banditen erklärten, daß
sie auf Befehl des Rates der Arbeiter- und Soldaten-Deputa-
tionen alle Passanten zu untersuchen hätten. In mehreren
Städteilen wurden Läden geplündert. Einige Händler
wurden erschossen. In der Nacht zum 2. Februar wurde ein
Weinfeller geplündert, wobei Maschinengewehre in Tätigkeit
traten. Zeitungsmeldungen zufolge gab es über 30 Ver-
wundete.

Eingang über die Adria.

Berlin, 4. Febr. Wie aus Rom gemeldet wird, ist es
auf der Antarktis-Konferenz in Paris zu einer Einigung über die

adriatische Frage gekommen. Es ist Orlando gelungen, die
Entente zu überzeugen, daß die Adria, wenn ein dauernder
Friede gewährleistet werden soll, dem deutschen Einflusse ent-
zogen werden muß.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hachenburg, 5. Februar.

o Anpflanzung von Styrkanen im Frühjahr. Der
Kriegsausbruch für pflanzliche und tierische Öle und Fett-
fordert auch in diesem Jahre im Interesse der Verbesse-
rung unterer Fettversorgung zum Anbau von Sommeröl-
saaten auf. Als solche kommen in erster Linie Sommeröl-
rübren, Rohn, Leindotter und Senf in Betracht. Auf
jeden Hektar, welcher mit Sommerölsaaten bepflanzt und
über den ein Anbauvertrag geschlossen ist, wird der
Landwirt der Bezug von schwefelsaurem Ammoniak ver-
mittelt. Es werden 80 Kilogramm auf den Hektar zu-
gestellt. Die Lieferung des Ammoniak erfolgt zu be-
stimmten Terminen vom Kriegsernährungsamt für Bräunendünger schafende
Bezirk. Nach Ausrückung der Ernte haben die Landwirte
den gezielten Anspruch auf Rücklieferung von Dü-
nges und Öl, bzw. auf Befüllung von Saat zu
Gebrauch im eigenen Haushalt im gezielten Um-
fange. Bei Ablieferung von Leindotter und Rohn
halten die Landwirte 50 Kilogramm Rohn- bzw. Lein-
dotterfuch auf abgelieferte 100 Kilogramm Saat; bei
Rübren und Senf 40 Kilogramm Rübrenfuch auf abge-
lieferte 100 Kilogramm zu den gezielten Beziehen zurück-
geliefert. Senfuch werden nicht geliefert. Saatge-
winn zu billigen Beziehen zur Verfügung gestellt. Die
Anbauverträge werden von den Kommissionsräten des Krieg-
sausschusses geschlossen. Alle näheren Auskünfte erteilt
die Landwirtschaftskammer, die bekannten Kommissions-
räte sowie die Ernte-Abteilung des Kriegsausschusses Berlin
Plauerstr. 63.

S In den nächsten Tagen wird durch die Briefträger
ein neues Merkblatt über den Postverkehr verteilt
werden. Das Blatt gibt in gedrängter Form einen
Ueberblick über die einschlägigen Verhältnisse und ist
in anschaulicher Weise die Vorteile dar, die die Teilnahme
am Postverkehr mit sich bringt. Dem Nutzen
den Einzelnen reißt sich der wertvolle Dienst an,
unseren vaterländischen Währungs-Verhältnissen mit
Förderung des bargeldlosen Zahlungsausgleichs ge-
leistet wird. Eifrigsterweise verbreitet sich diese Erkenntnis
neuerdings in zunehmendem Maße, was am deutlichsten
aus der schnell steigenden Zahl der Postgeldkunden er-
hell. Es darf deshalb erwartet werden, daß auch die
mal von dem, dem Merkblatt beiliegenden Verden
zu einem Antrag auf Öffnung eines Postgeldkontos
recht ausgiebiger Gebrauch gemacht wird.

Die Kgl. Regierung in Wiesbaden macht bekannt,
daß auch in diesem Jahre mit Rücksicht auf die ver-
schärfte Beurteilung und vorzeitigen Schulentlassung
von der Abhaltung öffentlicher Schulprüfungen abgesehen
werden darf.

Der diesjährige Höchstpreis für Eichenlohn
steht zwar noch nicht fest, er wird aber für Minde-
zu 20 Jahren voraussichtlich 14—15 M. betragen.
Besitzer von Eichenlohrbäume werden deshalb gut-
nicht vorzeitig zu verkaufen und überhaupt auch
näheren Bestimmungen abzuwarten.

Wahlrod, 4. Febr. Meister Karl Böckhöfer, So-
des Landwirts Böckhöfer von hier, zugezogen im Westen
einer Minenwerfer Kompanie, ist mit dem Eisen-
Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet worden.

Wiesbaden, 4. Febr. Die Stadtverordnetenversam-
lung genehmigte einstimmig die Uebernahme der
werbeschule in städtische Verwaltung. Die Anstalt
in Zukunft den Namen „Handwerks- und Kunstgewer-
schule“ führen.

Während der Reise in die Heimat verstarb
See bei Laurinzo Marques der königliche Bourat Bo-
weiler, ein Pionier des Deutschthums, dessen Vater
Eisenbahnbaumeister in Wiesbaden lebte und die Ab-
bühn Wiesbaden-Niederlahnstein mitbaute. Der
Hochbühne war zunächst als Ingenieur in Siam tätig.
Von 1898 bis 1901 baute er die Bahn Tsingtau-Ki-
tschau, von 1903 bis 1904 war er an der Hedjash-
tätig. In demselben Jahre noch wurde er General-
tor der Siamesischen Staatsbahnen, wo er 1917
der Kriegserklärung Siams an Deutschland intern
wurde. Vor einigen Wochen aus der Gefangenschaft
entlassen, schiffte er sich nach Deutschland ein, um
seinen hiesigen Verwandten Aufenthalt zu nehmen.
erteilte ihn der Tod.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich:
Theodor Kirchhäbel in Hachenburg.

Wir suchen zum baldigen Eintritt einen tüchtigen Kaufmann

der möglichst schon im elektrischen Fach gearbeitet hat
mit Buchführung und Lager Bescheid weiß. Ang-
mit Zeugnisabschriften, Lebenslauf und Gehaltsanspr-
sind zu richten an

Elektrizitätswerk Westerwald Röhren.

Karl Baldus, Hachenburg.
Särge

von den einfachsten bis zu
feinsten Ausführungen in jeder
Preislage. — Ueberführungen
per Kasse und Bahn.

Leinwandwäse aller Art
stets vorrätig.

Etage-Wohnung
an der Mülnerstraße
zu vermieten. Nä-
heres Geschäftsstelle d. B.

Reinrallige Haken
tiefgeschwarte Widder, Deut-
schensched, ff. in Reichnu
hat abzugeben Geste, Pol-
wachtmeister, Hachenburg.